

## **Steuerpolitik**

In den Medien steht vor allem der Bundeshaushalt im Vordergrund. Der Finanzminister des Bundes ist bekannter als der Kämmerer in den Städten und Gemeinden. Dennoch wirken sich viele Entscheidungen in den Kommunen ebenso direkt auf Bürger und Unternehmen aus. Der Gewerbesteuerpflicht auf der einen Seite stehen die kommunalen Leistungen auf der anderen Seite gegenüber. Wir fragten daher Roland Schäfer und Georg Lampen:

Brauchen Kommunen mehr Steuergelder?

### **Pro:**

Roland Schäfer, (Foto und BU siehe unten)

Ja, weil das derzeitige Einnahmenniveau nicht ausreicht, die den Kommunen übertragenen Aufgaben ausreichend zu finanzieren.

Da eine wirtschaftliche Betätigung der Kommunen nur in einem eng begrenzten Rahmen toleriert wird, sind die Städte und Gemeinden zur Finanzierung ihrer für die Bürger und die Wirtschaft erbrachten Leistungen vor allem auf Steuereinnahmen und Gebühren angewiesen. Gut ausgestattete Schulen, bedarfsdeckende Kinderbetreuung, leistungsfähige Feuerwehren, in Stand gehaltene Straßen, Erschließung neuer Gewerbe- und Wohngebiete und ein attraktives Angebot an Sportstätten und Kultureinrichtungen sind nicht zum Nulltarif zu haben. Zudem entwickeln sich die Kosten der sozialen Sicherungssysteme unaufhaltsam nach oben. So wachsen alleine die Kosten für die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen jährlich um einen dreistelligen Millionenbetrag!

Wer will, dass die Kommunen auch in Zukunft erhebliche Aufträge an den örtlichen Mittelstand vergeben können ohne eine ständig wachsende Verschuldung zu Lasten zukünftiger Generationen in Kauf zu nehmen, der muss entweder sagen, welche sozialen Leistungen zukünftig entfallen sollen, oder er muss den Kommunen ausreichende Steuereinnahmen zubilligen.

### **Contra:**

Georg Lampen, Fotos und BU siehe unten

Nein, die 396 Kommunen in NRW brauchen nicht mehr Steuern, sondern besser planbare Erträge. Die Zeit ist reif für eine kommunale Steuerreform. Entsprechende Vorschläge haben wir schon vor Jahren unterbreitet: Die konjunkturanfällige Gewerbesteuer – gerade jetzt sinkt ihr Aufkommen mancherorts um die Hälfte – ist abzuschaffen. Als Ersatz erhalten die Gemeinden eine größere Beteiligung an der Umsatzsteuer und zusätzlich Hebesatzrechte auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer. Diese Vorschläge haben die Städte verworfen, wohl auch, weil bis 2008 das Gewerbesteueraufkommen explodierte.

Heute sieht das anders aus. Aktuell wollen die Kommunen wohl mehr Geld, weil die neue Bundesregierung plant, die Gewerbesteuer zu streichen. Doch wer heute höhere Erträge für die Städte fordert, übersieht, dass trotz Finanzkrise viel Geld in die Rathäuser fließt. Die Städte sitzen zudem auf riesigen Aktienpaketen, verkaufen

über ihre Stadtwerke Strom und Wasser und sind unternehmerisch tätig. Diese Beteiligungen sind zu überprüfen. Mögliche Verkaufserlöse gehören nach Vorbild der schuldenfreien Städte Düsseldorf, Langenfeld oder Dresden in den Schuldenabbau. Wer schuldenfrei ist, braucht nicht mehr Steuern.

**Fotos:**

**Roland Schäfer: [NewsI-1209\\_Pro\\_schaefer.jpg](#)**

**BU:** Roland Schäfer, Präsident des Städte- und Gemeindebund NRW, Bürgermeister der Stadt Bergkamen

**Georg Lampen: [NewsI-1209\\_Contra\\_Lampen.jpg](#)**

**BU:** Georg Lampen, Vorsitzender des Bund der Steuerzahler NRW e.V.

---